



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Fraktionen zu den Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft vom 14. bis 16. Mai 2013.

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Fraktionen und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.

Berücksichtigte Fraktionen











Für die Realisierung der Internet-Wahlkabine zur Wahl zur Österreichischen HochschülerInnenschaft wurden wahlwerbende Gruppen eingeladen, die zumindest an sechs Universitäten kandidieren. Dies stellt auch die Grenze für den Zusammenschluss für Listenverbände nach §35a (5) HSG (HochschülerInnenschaftsgesetz) dar.

Eine formelle Nennung der Fraktionen erfolgte von Seiten der Bundesvertretung der ÖH. Folgende Fraktionen konnten somit in der Applikation berücksichtigt werden:











- AG
- GRAS
- FLÖ
- VSStÖ
- JuLis
- RFS
- KSV - KJÖ
- KSV - Linke Liste
- FEST
- Unipiraten

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at

1. Soll die Direktwahl der Bundesvertretung wieder eingeführt werden?

AG	Nein	
Die AG fordert eine Reform des gesamten Hochschülerschaftsgesetzes, allein um die Fachhochschulvertretungen besser einzubinden und zu stärken. Der AG ist wichtig, dass auch Vertreter kleinerer Hochschulen in der Bundesvertretung repräsentiert sind. Dies muss ein neues Wahlrecht sicherstellen.		
GRAS	Ja	
Die Direktwahl ist essentieller Bestandteil der demokratischen Vertretung der Studierenden. Das derzeitige Beschickungssystem führt zu einer extremen Verzerrung – eine Stimme an der Universität Wien ist zum Beispiel viel weniger wert als eine Stimme an einer kleinen Kunstuni.		
FLÖ	Ja	
Die Direktwahl der Bundesvertretung ist wichtig, damit jede Stimme wieder dasselbe Gewicht bekommt, was im Moment nicht der Fall ist.		
VSStÖ	Ja	
Der VSStÖ setzt sich dafür ein (u.a. in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsminister), dass Studierende ihre bundesweite Vertretung selbst wählen können. Der momentane Wahlmodus verzerrt die Ergebnisse enorm. Jede Stimme muss jedoch gleich viel wert sein - und dafür ist eine Direktwahl unerlässlich.		
JuLis	Ja	
Die JuLis erachten das jetzige Wahlrecht als undemokratisch, da es den Studierenden nicht erlaubt ihre Vertreter in der Bundesvertretung direkt zu wählen, und durch die indirekte Beschickung der Bundesvertretung nicht jede Stimme gleich viel zählt.		
RFS	Nein	
--		
KSV - KJÖ	Ja	
Die Bundesvertretung der ÖH ist die höchste Ebene der politischen Interessenvertretung aller Studierenden. Als Vertretung aller StudentInnen soll die Möglichkeit bestehen diese auch im Sinne der Legitimität direkt zu wählen.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Die Abschaffung der Direktwahl war ein Versuch der schwarz-blauen Regierung, die ÖH zu schwächen. Daher zählen nun die Stimmen der großen Unis weniger als jene der kleinen. Dieser Zustand muss aus demokratiepolitischen Gründen behoben werden.		
FEST	Ja	
Wir fordern direkte Demokratie, statt die aktuelle intransparente Entsendung. Studierende sollen selbst und direkt entscheiden, wer sie auf Bundesebene vertritt. Das bringt die ÖH näher zu den Studierenden und gibt ihr mehr Gewicht.		
Unipiraten	Ja	
Die Direktwahl der Bundes-ÖH ist ein wichtiges Anliegen. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, den Nationalrat durch die Landesregierungen wählen zu lassen. Eine österreichweite Vertretung braucht österreichweite Wahlen.		











2. Soll sich die ÖH für ein Grundstipendium für alle Studierenden und unabhängig vom Einkommen der Eltern einsetzen?

AG	Nein	
Das derzeitige Studienförderungssystem muss reformiert werden: Die Studienbeihilfe muss erhöht und die Zahl der Bezieher erhöht werden (derzeit nur 14 Prozent), allerdings unter Berücksichtigung des Einkommens der Eltern. Gleichzeitig müssen auch die Leistungsstipendien ausgebaut werden.		
GRAS	Ja	
Wir fordern die Einführung eines Grundstipendiums für alle Studierenden. Deren finanzielle Absicherung muss gewährleistet sein – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es ist nicht einzusehen, dass Studierende als einzige Bevölkerungsgruppe vom Bezug der Mindestsicherung ausgeschlossen sind.		
FLÖ	Ja	
Studierende sind als eigenständige Menschen und nicht nur als Anhängsel ihrer Eltern zu sehen und zu behandeln.		
VSStÖ	Ja	
Der VSStÖ hat ein konkretes Konzept zur sozialen Absicherung von Studierenden erarbeitet. Das Modell besteht aus 4 Säulen, die gewährleisten, dass Studierende das Existenzminimum nicht unterschreiten und dass Studieren wieder leistbar wird. Langfristig fordert der VSStÖ ein Grundstipendium.		
JuLis	Nein	
Die Leistungs- und Sozialstipendien im JuLis-Modell werden den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Studierenden gerechter.		
RFS	Nein	
--		
KSV - KJÖ	Ja	
Studieren darf nicht arm machen. Oft liegt das Einkommen von Studierenden jedoch weit unter der Armutsgrenze. Eine wirklich existenzsichernde Maßnahme für Alle ist angesichts der prekären Lebensverhältnisse von Studierenden notwendig.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Der Druck auf Studierende, die häufig auch prekär arbeiten müssen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Ein Grundstipendium kann daher nur der erste Schritt sein – vielmehr fordern wir ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen, die in Österreich ihren Wohnsitz haben.		
FEST	Ja	
Mehr als 2/3 der Studierenden müssen arbeiten, um sich ein Studium leisten zu können. Ein Grundstipendium gewährleistet, dass sich Studierende auf ihr Studium konzentrieren können. So werden allen Menschen die gleichen Voraussetzungen zum Studium gegeben und die soziale Durchlässigkeit erhöht.		
Unipiraten	Ja	
Das Anstreben eines bedingungslosen Grundeinkommens ist Teil der piratischen Philosophie. Ein Grundstipendium wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.		

3. Soll die Pflichtmitgliedschaft der Studierenden bei der ÖH abgeschafft werden?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Studenten haben in der Regel wenig Geld, wenig Einfluss und oft auch wenig Zeit neben dem Studium. Nur eine gesetzliche Interessenvertretung ist unter diesen Voraussetzungen in der Lage, gute Vertretungsarbeit zu leisten und der Politik auf Augenhöhe entgegenzutreten.		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Nur eine gemeinsame Vertretung aller Studierenden stellt sicher, dass die ÖH mit lauter Stimme deren Interessen gut vertreten kann. Die Studierendenbeiträge garantieren die finanzielle Unabhängigkeit der ÖH.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die Pflichtmitgliedschaft garantiert die Unabhängigkeit der ÖH. Wäre diese nicht gegeben, würden sich verschiedene Verbände gründen, die Politik könnte sich dann die jeweils genehme Meinung aussuchen.		
VSSStÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die automatische Pflichtmitgliedschaft ermöglicht eine finanzielle Unabhängigkeit der ÖH von Regierung und Rektorat und ist daher für die Arbeit als Interessenvertretung aller Studierenden unerlässlich. Das zeigt auch der internationale Vergleich. Nur eine unabhängige ÖH kann eine starke ÖH sein.		
JuLis	Ja	■ ■ ■ ■
Das Zurückgehen der Wahlbeteiligung beweist, dass sie die Studierenden nicht mit der ÖH identifizieren können. Industriellenvereinigung und Gewerkschaftsbund beweisen, dass eine Lobby mit freiwilliger Mitgliedschaft mehr Gewicht hat.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Nur wenn die ÖH um ihre Mitglieder werben muss - sie damit dazu gezwungen wird ordentlich zu arbeiten - wird es verbesserten Service geben.		
KSV - KJÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Die ÖH ist die Vertretung aller Studierenden. Dass sich viele Studierende nicht mehr in der Politik der ÖH wiederfinden sollte Anlass sein, sie gemeinsam zu verbessern! Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft ist nichts anderes als eine Schwächung der studentischen Interessenvertretung.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Die Pflichtmitgliedschaft ist für eine funktionierende und schlagkräftige Interessenvertretung unumgänglich. Die Studierenden brauchen eine starke, handlungsfähige Organisation, die der hierarchischen Universitätsleitung und den Wirtschaftsinteressen Widerstand entgegensetzen kann.		
FEST	Nein	■ ■ ■ ■
Die österreichischen Studierenden haben sich bereits vor einiger Zeit bei einer Urabstimmung aller Studierenden für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft ausgesprochen. Eine starke Vertretung muss von Staat und Wirtschaft unabhängig sein, um systemkritisch Stellung beziehen zu können.		
Unipiraten	Nein	■
Nein, da derzeit dadurch eine starke Studierendenvertretung sichergestellt ist.		











4. Soll sich die ÖH für von Studierenden selbstverwalteten Raum an Hochschulen einsetzen?

AG	Nein	
<p>Natürlich setzen wir uns für mehr Lernräume und Aufenthaltsräume an den Hochschulen ein. Sie sind kein Geschenk an die Studierenden, sondern haben daher als selbstverständlich zu gelten!</p>		
GRAS	Ja	
<p>Die GRAS fordert mehr Freiraum für Studierende an den Universitäten. Selbstverwaltete Räumlichkeiten ohne Konsumzwang sind eine der Voraussetzungen, sich an der Universität wohl zu fühlen und sich zu vernetzen.</p>		
FLÖ	Ja	
<p>Die Universität ist nicht nur Lern- sondern auch Lebensraum. Dieser muss auch abseits von Hörsälen Platz für Begegnungen und zum Denken bieten.</p>		
VSStÖ	Ja	
<p>An vielen Hochschulen gibt es kaum Räume, um ungestört lernen oder sich z.B. auf ein Referat vorbereiten zu können. Dafür sind Lernzonen mit entsprechender Infrastruktur (z.B. Computer) an Hochschulen eine gute Möglichkeit.</p>		
JuLis	Nein	
<p>Natürlich setzen wir uns für mehr Lernräume und Aufenthaltsräume an den Hochschulen ein. Sie sind kein Geschenk an die Studierenden, sondern integraler Bestandteil eines Universitätsgebäudes und sollten daher ganz normal vom regulären Facility Management betreut werden.</p>		
RFS	Nein	
<p>--</p>		
KSV - KJÖ	Ja	
<p>Zur Organisation von Studierenden-Initiativen, zur Sammlung von Protest, zur gemeinsamen Vorbereitung und wegen vielen weiteren Punkten ist ein selbstverwalteter Raum notwendig. Ein breiter und offener Zugang aller Studierenden dazu ist zu gewährleisten.</p>		
KSV - Linke Liste	Ja	
<p>Selbstverwaltete Räume sind eine Notwendigkeit, um gemeinschaftliches Leben, Lernen und Protest verwirklichen zu können. Räume dafür wären auf den Unis genügend vorhanden – gegen die Kommerzialisierung des Uni-Geländes.</p>		
FEST	Ja	
<p>Studierende sollen die Möglichkeit haben, sich an der Hochschule selbst einen freien Raum zu schaffen, als zusätzlicher Lernraum, als Raum für soziale Interaktion, für eigene Projekte, ohne Konsumzwang.</p>		
Unipiraten	Ja	
<p>Ja, denn die Studenten sollten möglichst eigenständig und unabhängig agieren können. Selbstverwaltete Räume schaffen hier Möglichkeiten unabhängig von bürokratischen Schranken und Hindernissen gestalterisch tätig zu werden.</p>		











5. Soll sich die ÖH für eine Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen einsetzen?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Studenten haben es so schon oftmals nicht leicht im Studium, mit Kindern erhöht sich der Geld- und Koordinierungsaufwand noch zusätzlich. Der Ausbau von leistbaren Kinderbetreuungsplätzen muss daher vorangetrieben werden.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende mit Kindern sind Mehrfachbelastungen ausgesetzt – sie müssen Studium, Job und Kind koordinieren. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für Studierende ist dringend geboten – Studium und Kind müssen vereinbar sein!		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die Kinderbetreuung an der eigenen Hochschule ist ein wichtiges Mittel, um Studierenden mit Kindern den Zugang zum Studium zu ermöglichen.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Studieren mit Kind ist nicht leicht, besonders aus finanzieller Hinsicht. Der VSStÖ fordert daher die Erhöhung der Beihilfen für Studierende mit Kind, ein umfassendes Kinderbetreuungsangebot und plant einen ÖH-Babysitter_innenpool, um flexible Kinderbetreuung mit fairer Bezahlung zu gewährleisten.		
JuLis	Ja	■ ■ ■ ■
Die Vereinbarkeit von Beruf, Studium und Familie ist uns ein zentrales Anliegen, und die JuLis werden sich an den einzelnen Hochschulen auch dafür einsetzen.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Mütter und Väter, die studieren, brauchen die Unterstützung der ÖH am dringendsten. Leider werden sie von der ÖH-Exekutive am meisten diskriminiert. Das gehört geändert. Sofort!		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Um die Vereinbarkeit von Studium und Familie zu gewährleisten und auch alleinerziehenden Elternteilen ein Studium zu ermöglichen ist das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen sicherzustellen.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■
Die Kinderbetreuung ist in Österreich generell oft unerschwinglich, vor allem für Studierende. Eine Ausweitung der Kinderbetreuung durch die ÖH ist jedoch nur eine Notlösung. Öffentliche kostenlose Betreuungseinrichtungen für alle müssen geschaffen werden!		
FEST	Ja	■ ■ ■
Studieren mit Kind(ern) muss unabhängig von Geschlecht und Alter verstärkt ermöglicht werden. Sowohl durch gratis Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen, als auch durch ein entsprechend flexibles Studienrecht, speziell im Bereich von berufsbegleitenden Studien.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■ ■
Ja, denn dadurch entsteht eine besser Vereinbarung von Studium und Familie/Kinder für Männer wie Frauen.		

6. Sollen Studiengebühren für Alle wieder eingeführt werden?

AG	Nein	
Studienbeiträge lösen weder die strukturellen noch finanziellen Probleme der österreichischen Hochschulen. Über Studienbeiträge kann daher erst gesprochen werden, wenn sich die Studienbedingungen verbessert haben. Man kann erst über eine Vignette reden, wenn es die Autobahn schon gibt!		
GRAS	Nein	
Studiengebühren sind sozial selektiv, führen zu einer enormen Belastung der Studierenden und lösen dabei keineswegs die Finanzprobleme der Hochschulen. Die GRAS spricht sich vehement gegen Studiengebühren aus und fordert die Regierung auf, die Universitäten nicht länger auszuhungern!		
FLÖ	Nein	
Seit Einführung der Studiengebühren fordern wir deren komplette Abschaffung. AbsolventInnen tragen nach dem Abschluss eine hohe Steuerlast, Österreich profitiert von gebildeten Arbeitskräften. Das derzeitige Flickwerk benachteiligt ärmere Studierende, ist komplex, undurchdacht und rechtswidrig.		
VSStÖ	Nein	
Hauptbetroffene von Studiengebühren sind finanziell schlechter gestellte Studierende. Das ohnehin löchrige Beihilfensystem kann diese finanzielle Belastung nicht ausgleichen. Viele Studierende würden aus finanziellen Gründen von Hochschulen verdrängt. Studieren muss jedoch für alle leistbar sein.		
JuLis	Ja	
Studiengebühren können für Qualität und Unabhängigkeit sorgen. Studierende werden vom Bittsteller zum Kunden. Das Modell der JuLis ist zudem sozial gerechter als der status quo, da wir den massiven Ausbau des Stipendiensystems und die Nachlagerung der Gebühren ermöglichen.		
RFS	Nein	
Der RFS strebt ein Finanzierungsmodell nach dem Herkunftslandprinzip der EU an. Demnach sollen die Heimatländer der Studenten für die Kosten der nicht-österreichischen Studenten aufkommen.		
KSV - KJÖ	Nein	
Wo praktisch über Nacht Milliarden für Banken bereitstehen, gibt es keine Notwendigkeit, über die Einführung von Studiengebühren zu diskutieren. Sie sind ihrer Natur nach sozial Selektiv, Studierende mit niedrigem Einkommen werden verhältnismäßig stärker belastet als andere und sind daher abzulehnen.		
KSV - Linke Liste	Nein	
Die Einführung der Studiengebühren war für die Studierenden eine Katastrophe. Wir fordern die Abschaffung aller Studiengebühren – auch für Nicht-EWR-Staatsangehörige und für vermeintliche Langzeitstudierende. Bildung ist ein Menschenrecht!		
FEST	Nein	
Studiengebühren müssen für Studierende aller Hochschulen abgeschafft werden. Sie fördern soziale Selektion und verunmöglichen vielen Menschen den Zugang zu höherer Bildung. Die aktuelle Regelung mit 2- bis 10-fachen Studiengebühren für Drittstaatsangehörige verurteilen wir als Diskriminierung.		
Unipiraten	Nein	
Nein! Bildung ist ein Menschenrecht und muss für jeden frei und uneingeschränkt zugänglich sein. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Mehrwert durch universitäre Bildung übersteigt potentielle Einnahmen durch Studiengebühren um Längen.		

7. Soll sich die ÖH für eine Direktauszahlung der Familienbeihilfe ohne Zustimmung der Eltern einsetzen?

AG	Ja	
Das derzeitige System des Familienlastenausgleichs verhindert die Direktauszahlung der Familienbeihilfe an die Studenten aus verfassungsrechtlichen Gründen. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, um dies in der Zukunft zu ermöglichen.		
GRAS	Ja	
Die GRAS setzt sich dafür ein, dass Studierende die ihnen zustehenden Beihilfen direkt ausbezahlt bekommen. Der Umweg über die Eltern - auch wenn es nur eine Unterschrift ist - verstärkt die Abhängigkeit, führt häufig zu Schwierigkeiten beim Zugang zum vollen Betrag und widerspricht der Auffassung von Studierenden als mündige Personen.		
FLÖ	Ja	
Durch die derzeitige Auszahlung der Familienbeihilfe an die Eltern kommt sie in vielen Fällen nicht den Studierenden, denen sie zustehen würde, zugute.		
VSStÖ	Ja	
Der VSStÖ fordert die Umwandlung aller Familienleistungen (Familienbeihilfe, Kinderfrei- und absetzbetrag) in eine Basissicherung von 250 Euro, die altersunabhängig an alle Studierenden für die Durchschnittsstudiendauer plus zwei Toleranzsemester ausgezahlt sowie jährlich inflationsangepasst wird.		
JuLis	Ja	
Man sollte aufhören, einem überkommenen Familienbild nachzuhängen. Studierende sind erwachsene und mündige Mitglieder der Gesellschaft.		
RFS	Ja	
--		
KSV - KJÖ	Ja	
Da Studierende mündige Erwachsene sind, gibt es keinen Grund, warum sie in dieser Hinsicht von ihren Eltern abhängig sein sollen. Wurde jetzt im Ansatz bereits im Nationalrat beschlossen.		
KSV - Linke Liste	Ja	
Die Entkoppelung des Lebensunterhaltes junger Menschen von oft patriarchal geprägten Familienstrukturen ist ein notwendiger erster Schritt. Wir fordern darüber hinaus ein selbstbestimmtes Leben für alle; z.B. durch ein bedingungsloses Grundeinkommen.		
FEST	Ja	
Eltern sind zum finanziellen Erhalt ihrer studierenden Kinder verpflichtet. Oft wird jedoch die Familienbeihilfe von den Eltern einbehalten und nicht an die Studierenden weitergegeben, obwohl sie ihnen rechtlich zusteht.		
Unipiraten	Ja	
Ja, denn jedem Studierenden sollte es möglich sein unabhängig von den Eltern zu studieren. Dazu gehört eine eigenverantwortliche und selbstständige Verfügung über finanzielle Zuschüsse.		











8. Soll sich die ÖH für vermögensbezogene Steuern zur Finanzierung der Hochschulen aussprechen?

AG	Nein	■ ■ ■
Österreich hat eine der höchsten Steuern- und Abgabenquoten der Welt (44 Prozent). Es ist daher unverantwortlich, die Steuerbelastung weiter zu erhöhen.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Die Einführung von Finanz- und Sachkapital (Vermögenssteuern) zur Finanzierung des maroden Hochschulsystems ist zu begrüßen. Die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer wäre äußerst sinnvoll.		
FLÖ	Nein	■
Wissenschaft, Forschung und Bildung sind ein allgemeingeseftliches Gut. Eine zweckgebundene Steuer würde die Politik aus der Verantwortung nehmen und den Sektor degradieren.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
In Österreich wird Vermögen kaum besteuert. Dabei ist es nur gerecht, wenn die Reichsten auch einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Eine solche Steuer könnte dann für die Finanzierung der Hochschulen dienen.		
JuLis	Nein	■ ■ ■ ■
Die Steuer- und Abgabenquote in Österreich liegt jetzt schon bei ca 44 %. Anstatt immer neue Steuern einzuhoben, setzen sich die JuLis dafür ein, dass in der Verwaltung eingespart und dieses Geld für die Hochschulfinanzierung verwendet wird.		
RFS	Nein	■ ■ ■
--		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Vermögensbezogene Steuern sind eine von mehreren Möglichkeiten, wie die Universitätsfinanzierung sichergestellt werden kann. Das Geld ist da, es liegt nur in den falschen Händen! Es braucht Umverteilung von oben nach unten.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Ein Bildungssystem ohne soziale Ausschlüsse ist eine allgemeine Grundaufgabe der öffentlichen Hand. Die Wiedereinführung von Vermögenssteuern und verstärkte Besteuerung von Profiten sind ein notwendiger Schritt. Ziel bleibt aber die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse.		
FEST	Ja	■ ■ ■
Die öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen muss sichergestellt werden. Eine gerechte Vermögensverteilung und eine hohe Bildungsmobilität sind Voraussetzung für die Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft. Die FEST fordert daher vermögensbezogene Steuern und eine Bildungsoffensive.		
Unipiraten	Nein	■
Die Finanzierung der Hochschulen darf nicht von neuen oder erhöhten vermögensbezogenen Steuern abhängig sein, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit.		

9. Soll die ÖH gegen die durch den Bologna-Prozess eingeführte dreistufige Gliederung des Studiums (Bachelor, Master, PhD) eintreten?

AG	Nein	■ ■
Der Bologna-Prozess ist grundsätzlich ein wichtiger Schritt in Richtung Internationalisierung, er wurde in Österreich nur nicht optimal umgesetzt. Daher muss man auch die Umsetzung verbessern und soll nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.		
GRAS	Ja	■
Der Bologna Prozess hat zu weiterer Verschulung der Studien geführt und macht die Möglichkeiten im Studium zu entscheiden worauf man sich spezialisiert fast unmöglich. Da es Bologna bereits gibt, muss die ÖH sich dafür einsetzen, dass die Studienpläne möglichst viele Freiheiten behalten und sich gegen StEOP und Vorraussetzungsketten einsetzen.		
FLÖ	Nein	■
Eine übereilte Rücknahme des dreigliedrigen Systems wäre ebenso fahrlässig wie es dessen übereilte Umsetzung war. Wichtiger ist es, an den notwendigen Änderungen (z. B. studierbare Curricula) zu arbeiten, um den Bologna-Prozess sinnvoll umzusetzen.		
VSStÖ	Nein	■
Der VSStÖ steht zum Grundgedanken von Bologna, Internationalisierung zu fördern. In der Umsetzung wurden jedoch viele Fehler gemacht, z.B. die Verschulung der Studienpläne und die Erschwernis der Mobilität. Diese Fehler müssen eingestanden und an deren Behebung gearbeitet werden.		
JuLis	Nein	■ ■ ■
Die JuLis stehen voll und ganz hinter dem Bolognaprozess. Allerdings war die Umsetzung in Österreich äußerst mangelhaft, natürlich lehnen wir Verschulung und Bürokratisierung ab.		
RFS	Ja	■ ■ ■
--		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■
Bei der Implementierung des Bologna-Prozesses geht es u.a. darum, Studien und insbesondere die Abschlüsse einer einheitlichen kapitalistischen Verwertungslogik zu unterwerfen. Das Studium sollte sich nach den Menschen richten und nicht danach, wie man es am besten wirtschaftlich verwerten kann.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■
Mit der Umsetzung der Bologna-Architektur wurde das Prinzip einer umfassenden Bildung aufgegeben. Der Bachelor schafft vor allem akademisches Prekariat, Zugangsbeschränkungen in Masterstudien sind die Regel. Gegen Konkurrenz und Leistungsterror!		
FEST	Ja	■
Bologna-Ziele wie ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum und Studierendenmobilität sind grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch wurde bisher nur die Ökonomisierung der Bildung verstärkt. Der Bologna-Prozess muss sowohl in Österreich, wie auch auf europäischer Ebene dringend überdacht werden.		
Unipiraten	Nein	■
Nein, denn eine übereilte Rücknahme würde mehr Schaden bei den Studierenden anrichten als nützen und steht dem gemeinschaftlich, europäischen Gedanken entgegen. Stattdessen sollten Studienpläne und Regelungen an den einzelnen Universitäten überarbeitet und verbessert werden, um so besser den Bedürfnissen der Studierenden zu entsprechen.		

10. Soll die ÖH mehr Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung aller Studierenden in Entscheidungsfindungsprozessen anbieten (z.B. Urabstimmungen und Vollversammlungen)?

AG	Ja	
<p>Es gibt derzeit bereits die Möglichkeit für Petitionen (§ 49 HSG) und Urabstimmungen (§ 50 HSG). Dies sind wichtige Formen der studentischen Mitbestimmung. Die AG fordert in diesem Zusammenhang die Einführung von Vorzugsstimmen bei Wahlen der Universitätsvertretungen.</p>		
GRAS	Ja	
<p>Die GRAS spricht sich klar für mehr Mitbestimmung der Studierenden an der Universität aus. Die derzeitigen Möglichkeiten der Vollversammlungen und Urabstimmungen gehen jedoch nicht weit genug. Wir brauchen neue Möglichkeiten der direkten, demokratischen Mitbestimmung an allen Hochschulen!</p>		
FLÖ	Ja	
<p>Die FLÖ setzt sich seit jeher für die größtmögliche Einbindung aller interessierten Studierenden an den Hochschulen ein.</p>		
VSStÖ	Ja	
<p>Der VSStÖ setzt sich für die Stärkung von Mitbestimmungsmöglichkeiten und demokratischer Entscheidungsprozesse zB. in Vollversammlungen ein. Studierende müssen die ÖH-Bundesvertretung wieder direkt wählen können und ein Drittel der Stimmen im Senat (einziges demokratisches Gremium der Uni) bekommen.</p>		
JuLis	Ja	
<p>Die JuLis befürworten prinzipiell die repräsentative Hochschuldemokratie. Genauso erachten wir aber die Einbindung aller Studierender in diverse Entscheidungsfindungsprozesse als wichtig.</p>		
RFS	Ja	
<p>--</p>		
KSV - KJÖ	Ja	
<p>Studierende sollen die Möglichkeit haben, direkt auf ihre Interessenvertretung Einfluss zu nehmen. Dazu gehört in erster Linie die direkte Wahl der Gremien, darüber hinaus soll auch zu gewissen Anlässen die direkte Mitbestimmung möglich sein.</p>		
KSV - Linke Liste	Ja	
<p>Wir treten für eine umfassende Demokratisierung der ÖH, der Universitäten und aller Lebensbereiche ein. Eine Stärkung der ÖH und vor allem der Studienvertretungen ist dafür allerdings notwendig.</p>		
FEST	Ja	
<p>Direkte Demokratie muss in der ÖH gelebt werden, deshalb spricht sich die FEST für die Nutzung der Urabstimmung als Instrument zur Erhebung der Studierendenmeinungen aus. Sie fordert die Wiedereinführung der Direktwahl auf Bundesebene, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zu stärken.</p>		
Unipiraten	Ja	
<p>Eine lebendige Hochschuldemokratie braucht studentische Beteiligung. Unser Konzept der „Liquid Democracy“ bietet neue und innovative Möglichkeiten der Mitbestimmung.</p>		

11. Soll die ÖH zu gesellschaftspolitischen Themen (z.B. Flüchtlinge, Rechtsextremismus) öffentlich Stellung nehmen?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Die AG fordert im Gegenteil die gesetzliche Klarstellung, dass die ÖH über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt. Als studentische Interessenvertretung muss sich die ÖH um hochschulpolitische Themen kümmern. Studenten sind intelligent genug, sich eigenständig eine gesellschaftspolitische Meinung zu bilden.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Neben selbstverständlicher Serviceleistung wie Skriptenkopieren soll die ÖH eine starke Interessensvertretung sein – dazu gehören Positionierungen zum Fremdenrecht (zB Visa für Studierende, Gastprofessuren aus dem Ausland), zur sozialen Absicherung Studierender und gegen jegliche Diskriminierung.		
FLÖ	Ja	■
Der Auftrag der ÖH ist primär die Vertretung der Studierenden. Allerdings dürfen gesellschaftspolitische Themen nicht gänzlich ausgeblendet werden, vor allem wenn Studierende betroffen sind.		
VSStÖ	Ja	■
Wir sehen Hochschulen nicht als abgekapselten Bereich, sondern als Teil der Gesellschaft. Daher setzt sich der VSStÖ in der ÖH auch für gesellschaftspolitische Anliegen, wie die Bekämpfung jeglicher Diskriminierung an Hochschulen und barrierefreies Studieren, ein.		
JuLis	Nein	■ ■ ■
Die ÖH sollte kein Ersatzparlament sein, sondern eine Lobby für Studierende. Sie sollte sich dementsprechend auf Hochschul- und Bildungspolitik konzentrieren.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Die ÖH hat sich um Sachpolitik zu kümmern, und um sonst nichts!		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die ÖH ist dazu da, die Interessen der Studierenden zu vertreten. Diese beschränken sich aber nicht nur auf die Hochschulen! Auch bei bspw. gesellschaftspolitischen Themen muss die ÖH im objektiven Interesse ihrer Mitglieder Stellung beziehen und gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die Universität existiert nicht im luftleeren Raum. Gesellschaftliche Diskriminierungsmechanismen machen nicht an den Toren der Unis halt. Die ÖH soll daher als Gegenpol zum rassistischen und reaktionären Mainstream wirken. Bleiberecht für alle!		
FEST	Ja	■ ■ ■
Die FEST sieht Engagement beispielsweise gegen Rechtsextremismus oder Rassismus als Selbstverständlichkeit an. Deshalb sind wir überzeugt, dass die ÖH den durch das HochschulInnenchaftsgesetz erteilten gesellschaftspolitischen Auftrag auch aktiv ausüben soll.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■
Ja, denn die Interessen der Studierenden enden nicht am Campusgelände. Vorrangig sollten jedoch selbstverständlich bildungspolitische Themen behandelt werden.		

12. Sollen Institute und Forschungsgruppen vermehrt durch Sponsoring aus der Privatwirtschaft finanziert werden?

AG	Ja	■ ■ ■
Der internationale Vergleich zeigt, dass durch Einbindung der Wirtschaft die Hochschulen massiv profitieren, gerade im technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Bereich. An der staatlichen Grundfinanzierung und der Wissenschaftsfreiheit darf selbstverständlich nicht gerüttelt werden!		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Eine vermehrte Finanzierung durch die Privatwirtschaft führt zu einer Reduktion der Unabhängigkeit der Institute und deren Forschung. Diese muss jedoch gewahrt werden und darf nicht vom Geldfluss einzelner Unternehmen, denen bestimmte Ergebnisse nutzen/ schaden, abhängig gemacht werden.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Forschung und Wissenschaft sind ein öffentliches Gut, das vom Staat finanziert werden muss. Nur staatliche Finanzierung garantiert freie und unabhängige Forschung.		
VStStö	Nein	■
Der Einfluss der Privatwirtschaft auf die Forschung gefährdet die Freiheit der Wissenschaft. Forschung und Lehre müssen frei von finanziellen Abhängigkeiten sein, sonst ergibt sich die Gefahr, dass nur mehr im Auftrag von Firmen geforscht und Grundlagenforschung nicht mehr finanziert wird.		
JuLis	Ja	■ ■ ■
Kooperationen mit der Privatwirtschaft sind in vielen Studienrichtungen wünschenswert. Private Drittmittel dürfen aber niemals Ersatz für staatliche die Grundfinanzierung der Hochschulen sein.		
RFS	Ja	■ ■ ■
--		
KSV - KJÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Keinesfalls! Forschung darf nicht privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden, sondern soll sich an öffentlichen Bedürfnissen orientieren. Was der Allgemeinheit zu Gute kommt, soll Priorität haben, nicht was den meisten Gewinn verspricht.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Gegen Kommerzialisierung und Vermarktwirtschaftlichung der Unis, gegen Einfluss der Privatwirtschaft auf Forschung, Lehrinhalte und Lehrstühle. Wissenschaft und Lehre müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden – unter den gegebenen Verhältnissen ist so eher kritische Arbeit möglich.		
FEST	Nein	■ ■ ■
Private Finanzierung schränkt unabhängige Forschung und Lehre ein. Sie verstärkt die Abhängigkeit der Hochschulen und führt zu weniger öffentlichen Mitteln. Drittmittelfinanzierung, welche die politische Unabhängigkeit der Hochschulen gewährleistet, stehen wir jedoch nicht entgegen.		
Unipiraten	Ja	■
Nur wenn eine transparente Finanzierung vorliegt.		

13. Soll sich die ÖH für mehr Sicherheitskräfte an Hochschulen einsetzen?

AG	Nein	■
Die Hochschulen haben im Rahmen ihres Hausrechts selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen, im Bedarfsfall ist die Polizei zu rufen. Die AG sieht überhaupt keine Notwendigkeit für mehr Sicherheitskräfte an den Hochschulen.		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Es gibt an den Hochschulen bereits genug bzw. zu viele Sicherheitskräfte. Hochschulen sollen ein offener Ort des Lernen sein und nicht den Eindruck vermitteln, dass es keinen Zugang gibt.		
FLÖ	Nein	■
Die lokalen Gegebenheiten können unterschiedlich sein und sind einzeln zu betrachten. Gesellschaftliche Probleme lassen sich nicht mit Überwachung lösen.		
VSStÖ	Nein	■
Der VSStÖ sieht keinen Bedarf für mehr Sicherheitskräfte an den Hochschulen. Die Mittel sollten in den Ausbau der Infrastruktur und in die Verbesserung der Lehre investiert werden, damit Studierende wirklich davon profitieren.		
JuLis	Nein	■
Die hohe Sicherheit an österreichischen Hochschulen ist bereits jetzt gewährleistet. Zu viele Sicherheitskräfte schaden dem Arbeitsklima. Geld für infrastrukturelle Dienstleistungen erscheint uns an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Sicherheit muss auch auf den Universitäten gewährleistet sein. Und zwar immer!		
KSV - KJÖ	Nein	■ ■ ■
Die Sicherheitskräfte wurden in der Vergangenheit u.a. dazu genutzt, Studierende im Falle von Protesten von den Unis fern zu halten. Gerade auf den Universitäten sollen Studierende auf Missstände aufmerksam machen können.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Wir treten dafür ein, schon bestehende Überwachungsmaßnahmen wie Videokameras und Securities ersatzlos abzuschaffen. Leistungsterror, Kommerzialisierung und Disziplinierung gehen Hand in Hand. Für selbstbestimmtes Studieren und Leben!		
FEST	Nein	■ ■ ■
Die FEST lehnt die Überwachung von BürgerInnen ab. Hochschulen sollen Orte des freien und friedlichen Zusammenlebens sein und sollen allen Menschen offen stehen. Die FEST versteht das Hochschulgebiet als polizeifreien Raum.		
Unipiraten	Nein	■
--		

14. Soll der Bezug der Familienbeihilfe wieder bis zum vollendeten 26. Lebensjahr möglich sein?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Die AG hat selbst bei den Demonstrationen gegen die Herabsetzung der Altersgrenze teilgenommen. Wir fordern den Bezug von Familienbeihilfe bis 27. Bei Absolvierung von Präsenzdienst, Zivildienst, freiwilligem sozialen Jahr oder Berufsbildender Höherer Schule (BHS) sowie bei Schwangerschaft bis 28.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Grundsätzlich tritt die GRAS für die Wiedereinführung der Familienbeihilfe bis 26 (und darüber hinaus) ein. Viel besser wäre jedoch eine Umstellung des Systems auf eine Direktauszahlung an die Studierenden selbst - ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung durch die Eltern -, sowie die Einführung eines Grundstipendiums.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Als erster Schritt erscheint dies sinnvoll und sollte dann im nächsten Schritt zu einer Studienfinanzierung für Studierende ausgebaut werden.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Studierende sind im Schnitt knapp 27 Jahre alt. Die Altersgrenze von 24 Jahren orientiert sich also keinesfalls an der Realität. Beihilfen müssen sich an den Bedürfnissen von Studierenden orientieren. Der VSStÖ ist deshalb für die Abschaffung der Altersgrenzen beim Beihilfenbezug.		
JuLis	Ja	■ ■ ■ ■
Akademische Qualifizierung ist ein langfristiger Prozess. Der Staat sollte diesen auch finanziell unterstützen.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Die soziale Lage der Studenten ist aufgrund der hohen Inflation und der zu geringen Anpassung der Sozialleistungen prekär. Deshalb braucht es mehr soziale Unterstützung.		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Die Kürzungen und Mehrbelastungen der Studierenden müssen zurückgenommen werden! Die (Wieder-)Erhöhung der Grenze für den Bezug der Familienbeihilfe kann dabei nur ein Schritt von mehreren sein.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Die Kürzung der Bezugsdauer der ohnehin viel zu geringen Familienbeihilfe hat viele Studierende in existenzielle Schwierigkeiten gebracht. Wir fordern eine Wiederausweitung, Erhöhung und direkte Auszahlung der FBH. Schluss mit dem finanziellen Druck! Für die soziale Hängematte!		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Die FEST fordert eine generelle Reform des Beihilfensystems unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenssituation von Studierenden. Die Rücknahme der Kürzung der Familienbeihilfe, die Anhebung von Einkommensgrenzen und die überfälligen Inflationsanpassungen sind zentrale Forderungen der FEST.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■ ■
Die Verkürzung der Anspruchsdauer auf Familienbeihilfe war eine reine Sparmaßnahme auf Kosten der Studierenden, welche an der Realität immer höherer Lebenshaltungskosten und Studienanforderungen vorbeigeht.		

15. Soll sich die ÖH für mehr Frauen-Mentoring-Programme an Hochschulen einsetzen?

AG	Nein	■
Mentoring-Programme sollen wenn dann für alle angeboten werden. Bei Personalentscheidungen muss die Qualifikation den Ausschlag geben und nicht das Geschlecht.		
GRAS	Ja	■■■■
Je höher der Abschluss, desto weniger Frauen. Es gibt mehr Studienanfängerinnen, aber bereits einen Master beginnen mehr Männer als Frauen. Professorinnen gibt es nur noch 20%. Daher braucht es Programme, die Frauen in ihrer wissenschaftlichen Karriere fördern.		
FLÖ	Ja	■
Insbesondere Mentoring von Jungwissenschaftlerinnen ist essenziell, um die gläserne Decke zu durchbrechen. Wichtig ist dabei eine fundierte Evaluation solcher Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin.		
VStStÖ	Ja	■■■
Der VStStÖ fordert aktive Frauenförderung an den Hochschulen, denn es gibt immer noch ungleiche Chancen. So sind z.B. nur 20% der Professor_innen Frauen. In der ÖH will der VStStÖ etwa Bewerbungstrainings für Studentinnen und einen Wissenschaftskongress für Bachelorabsolventinnen organisieren.		
JuLis	Ja	■
Mentoring-Programme können sowohl für weibliche als auch für männliche Nachwuchswissenschaftler eine wichtige Hilfe für ihre wissenschaftliche Karriere darstellen.		
RFS	Nein	■■■■
--		
KSV - KJÖ	Ja	■■■
Solche Programme können durchaus sinnvoll sein und in die richtige Richtung gehen. Zur tatsächlichen Beseitigung von Diskriminierung gilt es, das Problem an der Wurzel zu packen und die liegt in unserer Gesellschaft, dem Kapitalismus.		
KSV - Linke Liste	Ja	■■■
Mentoring-Programme für Frauen sind ein wichtiger Schritt zur Selbstermächtigung in dem nach wie vor männlich dominierten Terrain der Universität.		
FEST	Ja	■■■
Gerade in männerdominierten Hochschulbereichen müssen Frauen gezielt gefördert werden. Frauen-Mentoring-Programme können dazu beitragen, dass Frauen auf allen Ebenen der Hochschulen im gleichen Ausmaß wie Männer vertreten sind.		
Unipiraten	Nein	■
--		

16. Soll es in stark nachgefragten Studiengängen vor dem ersten Semester Eignungstests geben?

AG	Ja	■ ■ ■ ■
Die AG fordert faire und transparente Zugangsregelungen vor Studienbeginn, d.h. keine subjektiven Auswahlmethoden wie Motivationsschreiben oder Assessmentcenter sowie ein Mitsprache- und Kontrollrecht der lokalen ÖH. Der Studienbeginn muss jedes Semester möglich sein!		
GRAS	Nein	■ ■ ■ ■
Eignungstests sagen nichts über die zukünftige Entwicklung von Studierenden aus. Sie sind sozial selektiv, hängen stark von der Tagesverfassung ab und gehen davon aus, dass man den Bedarf an AbsolventInnen einer Studienrichtung langfristig festlegen kann.		
FLÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Wir sprechen uns seit jeher gegen Zugangsbeschränkungen aus und fordern auch weiterhin den Erhalt des offenen Hochschulzugangs. Kapazitätsengpässe müssen durch einen Ausbau der Studienplätze behoben, Modeströmungen mit umfassender Beratung begegnet werden.		
VSStÖ	Nein	■ ■ ■
Eignungstests sind nie objektiv. Das Beispiel des Medizinaufnahmetests verdeutlicht, dass Menschen aus finanziell schwächeren Familien und Frauen durch Zugangsbeschränkungen diskriminiert werden. Daher lehnen wir Eignungstests ab und fordern bessere Studieninformation in der Schule.		
JuLis	Ja	■ ■ ■ ■
Die Studienplätze sollten in Aufnahmeverfahren möglichst fair vergeben werden. Der offene Hochschulzugang hat versagt: Höhere Drop-Out-Quoten, längere Studienzeiten und geringere soziale Durchlässigkeit kann niemand ernsthaft als Erfolg feiern.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Die einzige und wahre Eignungstest ist die Matura und soll es auch bleiben!		
KSV - KJÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Solche "Eignungstest" sind offensichtliche Selektionsmaßnahmen und sollen Menschen vom Studium abhalten. Ob das Studium wirklich den Interessen und Bedürfnissen der/des Studierenden trifft, sollte das vordergründige Kriterium sein.		
KSV - Linke Liste	Nein	■ ■ ■ ■
Eignungstest sind in vielen Fällen nicht nur sachlich völlig ungeeignet um eine Begabung für ein gewisses Studienfach festzustellen; sie benachteiligen Menschen, die den universitären Habitus nicht von ihren Eltern mitbekommen haben und verschärfen die ohnehin vorhandene Hürden wie die STEOP.		
FEST	Nein	■ ■ ■ ■
Die FEST lehnt jede Art von Zugangbeschränkungen und Eignungsfeststellungen ab. Aufnahmeprüfungen sind Momentaufnahmen, weder valide noch objektiv, sozial selektiv und schränken das Recht auf freie Studienwahl ein. Die FEST fordert Beratung und Orientierung vor und während des Studiums.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■
Eignungstests sollen jedoch nur unverbindlich zur Selbsteinschätzung für die Studierenden eingesetzt werden. Eine Umlenkung der Studierendenzahlen muss auf freiwilliger Basis stattfinden.		

17. Soll sich die ÖH für den Senat als höchstes Entscheidungsgremium an Universitäten einsetzen?

AG	Ja	■ ■ ■
Ja, da im Senat alle Angehörigen der Universität - und damit auch die Studenten - vertreten sind.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Der Senat ist das einzige Universitätsgremium, in dem Studierende vertreten sind. Die Geschicke der Uni müssen von allen Universitätsangehörigen zu gleichen Teilen gelenkt werden. Es ist absurd, dass die größte Gruppe der Universitätsangehörigen - die Studierenden - am wenigsten VertreterInnen im Senat haben.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■
Das Kuriensystem ist veraltet und muss grundsätzlich hinterfragt werden. In Lehrangelegenheiten fordern wir 50 % Stimmanteil für die Studierenden.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■
Der Senat ist das einzig demokratisch gewählte Gremium an der Uni und soll daher auch das höchste Entscheidungsgremium sein. Die Stimmen müssen jedoch wieder fair verteilt werden: Je ein Drittel für Studierende, Mittelbau und Professor_innen (seit 2002 haben letztere eine 50%-Mehrheit).		
JuLis	Ja	■ ■ ■
Die JuLis möchten die Autonomie und Handlungsfähigkeit der Hochschulen stärken. Der Senat soll als Entscheidungsgremium hier eine zentrale Rolle spielen.		
RFS	Ja	■ ■ ■
--		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■
Es bedarf aber gleichzeitig einer dringenden Reform: Studierende, ProfessorInnen, Angehörige des Mittelbaus und allgemeines Universitätspersonal müssen gleichermaßen vertreten sein!		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Der Senat wurde mit dem Unigesetz 2002 nicht nur in seinen Kompetenzen beschränkt, es wurde auch eine absolute Mehrheit der Professor_innen verordnet. Demokratie sieht anders aus: Für einen Senat als oberstes Gremium, das die tatsächlichen Verhältnisse an der Uni widerspiegelt!		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Der Senat repräsentiert am ehesten alle Gruppen einer Universität. Die akademischen und strategischen Interessen sollen in diesem Gremium behandelt werden. Gleichzeitig fordert die FEST eine Demokratisierung des Senats und eine Drittelparität zwischen den Kurien.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■
--		

18. Soll sich die ÖH für eine generelle Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Studierende einsetzen?

AG	Ja	■ ■ ■
Die AG setzt sich für ein österreichweites und leistbares Studententicket ein.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Semestertickets und Besuche bei Eltern und Verwandten sind eine enorme finanzielle Belastung für Studierende. Dass die generelle Freifahrt für Studierende abgeschafft wurde, ist nicht nachvollziehbar. Die GRAS fordert die Wiedereinführung der Freifahrt.		
FLÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Der Weg zur Hochschule ist ein großer Kostenfaktor für viele Studierende, günstige öffentliche Verkehrsmittel sind das Zeichen einer weiterentwickelten Gesellschaft.		
VSStÖ	Ja	■ ■ ■
Im VSStÖ-Modell zur sozialen Absicherung (mehr dazu auf www.vsstoe.at) ist ein leistbares Studierendenticket der erste Schritt in Richtung Studierenden-Freifahrt. Das Ticket soll allen Studierenden unabhängig vom Alter um 60 Euro pro Jahr in ganz Österreich zur Verfügung stehen.		
JuLis	Nein	■
Staatliche Unterstützung erhalten die Studierenden direkt in Form von Beihilfen und Stipendien. Eine Umwälzung der Kosten auf die anderen Benutzer der Verkehrsbetriebe halten wir jedoch nicht für fair.		
RFS	Ja	■ ■ ■ ■
Die soziale Lage der Studenten ist aufgrund der hohen Inflation und der zu geringen Anpassung prekär. Deshalb braucht es eine Entlastung im öffentlichen Verkehr.		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Obwohl es für Studierende in einigen Unistädten reduzierte Tickets/Förderungen gibt, stellt es eine finanzielle Belastung dar. Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sollte nicht nur für Studierende, sondern für alle Menschen kostenfrei sein.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Der Zugang zu Mobilität muss jeder und jedem offen stehen! Immer höhere Fahrpreise und teils existenzbedrohende Strafen schließen immer mehr Menschen von diesem Grundbedürfnis aus. In diesem Sinne: Freifahrt für alle!		
FEST	Ja	■ ■ ■ ■
Wir fordern, dass Schwarzfahren als Tarifklasse anerkannt wird :-). Ernsthaft: allen soll es möglich sein, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, unabhängig vom Einkommen. Verkehrspolitisch und unter ökologischen Gesichtspunkten sind Freifahrten und billige Tarife anzustreben.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■ ■
--		

19. Soll sich die ÖH für ein Grundeinkommen aussprechen?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Das ist eine rein gesellschaftspolitische Forderung, mit der sich die ÖH nicht zu beschäftigen hat. Die AG fordert eine gesetzliche Klarstellung, dass die ÖH über kein allgemeinpolitisches Mandat verfügt. Studenten sind intelligent genug, sich eigenständig eine gesellschaftspolitische Meinung zu bilden.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Wir fordern die Einführung eines Grundstipendiums für alle Studierenden. Deren finanzielle Absicherung muss gewährleistet sein – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es ist nicht einzusehen, dass Studierende als einzige Bevölkerungsgruppe vom Bezug der Mindestsicherung ausgeschlossen sind.		
FLÖ	Nein	■
Der Auftrag der ÖH ist die Vertretung der Studierenden. Die FLÖ setzt sich für ein Grundstipendium für Studierende ein.		
VSSStÖ	Ja	■
Langfristig fordert der VSSStÖ ein Grundeinkommen. Wichtig ist jedoch auch, sofort umsetzbare Konzepte vorzulegen. Deshalb hat der VSSStÖ ein 4-Säulen-Modell zur sozialen Absicherung von Studierenden erarbeitet, das garantieren soll, dass alle unabhängig vom Geldbörserl der Eltern studieren können.		
JuLis	Nein	■ ■ ■ ■
Die JuLis lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Staatliche Unterstützung sollen diejenigen erhalten, die dringend darauf angewiesen sind.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Wir leben in keinem kommunistischen System! Leistung muss sich lohnen.		
KSV - KJÖ	Nein	■ ■ ■
Das bedingungslose Grundeinkommen birgt bei genauerer Analyse mehr Nachteile als Vorteile. Mit einem branchenübergreifenden Mindestlohn würde man einen besseren Weg einschlagen.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Ein bedingungsloses Grundeinkommens ist unter den momentanen Verhältnissen – neben der Revolution - eine Möglichkeit zur Entfaltung und Emanzipation der Individuen abseits von Verwertungszwang und Konkurrenz. Wie Marx schon sagte: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen".		
FEST	Ja	■ ■ ■
Die FEST fordert eine bedingungslose materielle Absicherung aller Menschen. In einem der reichsten Länder der Welt muss es zumindest möglich sein, über der Armutsgrenze zu leben.		
Unipiraten	Ja	■ ■ ■
--		

20. Soll sich die ÖH für eine Abschaffung der Habilitation als Berechtigung zur uneingeschränkten Lehre einsetzen?

AG	Nein	<input type="checkbox"/>
Bereits jetzt können Nichthabilitierte einen Großteil der Lehre übernehmen. Es besteht daher keine Notwendigkeit, die Habilitation abzuschaffen, zumal sie auch eine wichtige Qualitätskontrolle darstellt.		
GRAS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Für eine fundierte Lehre ist es nicht nötig, eine Habilitation vorzuweisen. Die Qualität der Vortragenden kann auch auf andere Weise sichergestellt werden.		
FLÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Die Überprüfung der didaktische Eignung ist notwendig. Das österreichische System zur Lehrbefugnisüberprüfung muss fundamental reformiert werden.		
VStStÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Die Habilitation ist ein veraltetes Konstrukt, das keinen Wert auf die didaktischen Fähigkeiten von angehenden Lehrenden legt. Der VStStÖ fordert die Abschaffung der Habilitation und stattdessen eine verpflichtende pädagogische Ausbildung von Lehrenden. Denn ein Beamer macht noch keine gute Vorlesung.		
JuLis	Ja	<input type="checkbox"/>
Die JuLis sind der Meinung, dass qualitativ hochwertige Lehre auch ohne Habilitation möglich sein kann.		
RFS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Qualität der Lehre darf nicht durch die Herabsetzung der Kompetenz vermindert werden.		
KSV - KJÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Bereits einE DoktorantIn ist Garant für detailreiches Fachwissen. Eine Auszeichnung zur selbstständigen Forschung ist das Doktorat auch. Die Aufwertung des Doktorats im Sinne der Lehrtätigkeit ist weit wichtiger als die Frage nach der Abschaffung der Habilitation.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die hierarchische Struktur der Uni verhindert, dass Menschen gleichberechtigt miteinander und voneinander lernen können. Gegen den universitären Elfenbeinturm – für selbstbestimmtes Lernen und Leben!		
FEST	Ja	<input type="checkbox"/>
Die Habilitation als Lehrberechtigung ist ein Relikt aus vergangener Zeit. Vor allem für Frauen und den wissenschaftlichen Nachwuchs stellt sie eine unnötige Barriere dar. Die FEST fordert ihre Abschaffung.		
Unipiraten	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

21. Soll sich die ÖH mehr für die Anliegen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Studierenden einsetzen?

AG	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die AG ist der Meinung, dass sich die ÖH für alle Studenten einsetzen soll, unabhängig des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Weltanschauung.		
GRAS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Studierenden sind leider nach wie vor alltäglich. Die ÖH soll sich gegen diese ungerechte Ungleichbehandlung einsetzen, verstärkte Informationsarbeit ist ein Mittel dazu.		
FLÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
Alle Menschen sollten, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, gleichwertig behandelt werden und dies ist noch nicht an allen Hochschulen erreicht.		
VSStÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Dem VSStÖ ist es wichtig, dass die ÖH eine Anlaufstelle für die Anliegen aller Studierenden ist und diese unterstützt. In der ÖH hat der VSStÖ daher u.a. einen Fördertopf für feministische und queere Forschung eingerichtet.		
JuLis	Nein	<input type="checkbox"/>
Der universitäre Lebensraum bietet kaum Anknüpfungspunkte zur Disposition der sexuellen Orientierung. Die derzeitige richtige und wichtige Informationsbereitstellung halten wir für ausreichend.		
RFS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Mütter und Väter, die studieren, brauchen die Unterstützung der ÖH am dringendsten. Leider werden sie von der ÖH-Exekutive am meisten diskriminiert. Das gehört geändert. Sofort!		
KSV - KJÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Interessenvertretung hat auf allen Ebenen und für alle zu passieren, egal welche Hautfarbe, Religion, Herkunft oder sexuelle Orientierung einE StudentIn auch haben mag.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Sichtbarmachung von Lebensentwürfen abseits der Zweigeschlechtlichkeit, das Aufbrechen von heteronormativen Strukturen und ein konsequentes Auftreten gegen homo- und transphobe Kackscheiße stehen für uns ganz oben. Jede_r soll sich in ihrem_seinem Umfeld wohlfühlen können!		
FEST	Ja	<input type="checkbox"/>
Diskriminierte Gruppen, egal ob wegen ihrer Geschlechteridentität oder ihrer sexuelle Orientierung, müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen unterstützt werden. Speziell der Hochschule kommt hier eine bewusstseinsbildende Funktion zu.		
Unipiraten	Nein	<input type="checkbox"/>
Wir sehen bereits eine gute Vertretung in diesem Bereich.		

22. Soll sich die ÖH für Lehrveranstaltungen zu Gender und Geschlechterforschung in allen Studienrichtungen aussprechen?

AG	Nein	■ ■ ■ ■
Für die AG ist es nicht nachvollziehbar, warum gerade dieses Thema in allen Studienrichtungen verpflichtend vorgesehen sein soll. Die AG fordert hingegen mehr freie Wahlfächer, damit Studenten ihren Studienplan eigenverantwortlich und frei nach ihrem Interesse ergänzen können - gern auch mit Wahl(!)-Möglichkeit für Genderstudies.		
GRAS	Ja	■ ■ ■ ■
Männlich dominierte Wissenschaft ist auf einem Auge blind. Aspekte der gendergerechten Forschung in allen Wissenschaftsbereichen einzuführen ist unabdingbar.		
FLÖ	Ja	■
Sensibilität in Genderfragen ist eine wichtige Kompetenz. Die Evaluierung des Lehrangebotes ist allerdings notwendig und die Inhalte müssen an das jeweilige Studium angepasst werden.		
VStStö	Ja	■ ■ ■ ■
Feministische Wissenschaft darf kein Randprogramm sein, sondern sollte Teil jedes Studienplans werden. So wird sichergestellt, dass die Hochschulen zu einem Ort des gesellschaftlichen Fortschritts und der Gleichbehandlung werden und im 21. Jahrhundert ankommen.		
JuLis	Nein	■ ■ ■ ■
Grundlagen der Geschlechterforschung zu vermitteln ist Aufgabe der Mittelschulen, und sollte nicht in die ohnehin schon überfrachteten Hochschullehrpläne gepackt werden.		
RFS	Nein	■ ■ ■ ■
Wissenschaftler aus Norwegen haben die Inhalte der Gendervorlesungen längst widerlegt. Die Energie, die bei dem Genderwahn verschwendet wird, sollte für die Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern verwendet werden.		
KSV - KJÖ	Ja	■ ■
Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Studienrichtung muss Bestandteil von kritischer Forschung im Allgemeinen sein. Dazu gehört auch und vor allem Gender und Geschlechterforschung, die im Verlauf jedes Studiums einen Platz haben sollte.		
KSV - Linke Liste	Ja	■ ■ ■ ■
Geschlechterhierarchien und patriarchale Normen durchziehen sämtliche Studienrichtungen. Insofern ist es konsequent Genderstudies auch in allen Studienrichtungen zu verankern. Und keine Sorge: Davon wird niemandem der Schwanz abfallen. Obwohl dies im metaphorischen Sinn durchaus das Ziel sein sollte.		
FEST	Ja	■ ■ ■
Patriarchale, männerdominierte Sichtweisen bestimmen die gesamte Gesellschaft. Von Kunst bis Technik muss sich demnach auch jede Studienrichtung mit feministischer Theorie und Genderforschung auseinandersetzen.		
Unipiraten	Nein	■ ■ ■ ■
Wir sehen es nicht ein, wieso Gender-Studies als verpflichtender Teil jedes Studium erscheinen sollte und ebenso wichtige Themengebiete wie Ethik nicht. Gender-Studies sollten als freie Wahlfächer jedem zur Verfügung stehen, doch sollte ein Studienplan dem Interesse der Studierenden entsprechen.		











23. Soll sich die ÖH für eine Ausweitung der Arbeitsbewilligung auf alle Studierende aus Nicht-EU-Staaten einsetzen?

AG	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wenn ein Student einen Studienplatz hat, so soll er auch unabhängig von seiner Staatsbürgerschaft neben dem Studium arbeiten dürfen. Wer Leistung erbringen will, der soll nicht daran gehindert werden!		
GRAS	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Studierende aus Nicht-EU-Staaten müssen mehr von der österreichischen Politik unterstützt werden. Neben ihren privilegierten EU-KollegInnen, deren Existenz sich ohnehin nahe der Armutsgrenze bewegt, dürfen Studierende aus Nicht-EU-Staaten noch weniger. Vor allem die fehlende Arbeitsbewilligung führt oft zur Verarmung. Eine Ausweitung der Arbeitsbewilligung ist unabdingbar.		
FLÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland müssen in Österreich die Möglichkeit bekommen, sich ein Studium finanzieren zu können. Eine An- oder Aufhebung der Verdienstgrenze würde auch zu höherem Steueraufkommen führen.		
VSStÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Alle Studierenden sollen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, um sich ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können. Ein Schritt wäre die Ausweitung der Arbeitsbewilligung für Bachelor-Studierende von 10 auf 20 Arbeitsstunden. Die Voraussetzungen für die Beschäftigungsbewilligung müssen entschärft werden.		
JuLis	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wer in Österreich studiert, sollte natürlich auch hier arbeiten dürfen.		
RFS	Nein	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
KSV - KJÖ	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Leider ist es in Österreich für viele Studierende zur Notwendigkeit geworden, neben dem Studium arbeiten zu müssen. Da migrantische Studierende allgemein diskriminiert werden und noch öfter von Armut betroffen sind, trifft sie dieses Arbeitsverbot besonders hart.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Menschen aus Drittstaaten sind ohnehin schon von finanziellen Mehrfachbelastungen und dem (strukturellen) Rassismus betroffen. Unabhängig ob Studierende_r oder nicht: Niemandem darf das Recht auf die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts verwehrt sein!		
FEST	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Gerade Studierende aus Drittstaaten werden vom derzeit gültigen Arbeitsrecht stark diskriminiert, ebenso wie von z.B. bei der Frage der Studiengebühren. Die FEST fordert eine Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen.		
Unipiraten	Ja	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

24. Soll sich die ÖH für eine verpflichtende Weiterbildung der Lehrenden an den Hochschulen aussprechen?

AG	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bei Habilitations- und Berufungsverfahren spielt die Lehrbefähigung oftmals nur eine untergeordnete Rolle. Die Einheit von Forschung und Lehre erfordert aber konsequenterweise auch ein hohes Lehrniveau. Eine Weiterbildung des Lehrpersonals ist daher wünschenswert.		
GRAS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Lehrende haben die Pflicht zur Lehre, vor allem in den Bachelor- und Master-Studien kommen Studierende vor allem deren didaktische Fähigkeiten zu Gute. Forschung ist natürlich wichtig, und wir als GRAS stehen auch für die Dualität von Forschung und Lehre, das bedeutet aber nicht, dass Lehrende aus ihrer Verantwortung zur qualitativ hochwertigen Lehre genommen werden sollen. Wenn Lehrende besser didaktisch ausgebildet sind, wird Studieren für Studierende mit Behinderung/Beeinträchtigungen einfacher.		
FLÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Verpflichtende Weiterbildung ist bei Lehrenden unumgänglich.		
VSStÖ	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Meist bestehen Lehrveranstaltungen nur aus eintönigen Frontalvorträgen. Der VSStÖ fordert mehr Methodenvielfalt und Qualität in der Lehre und eine verpflichtende didaktische Aus- und Weiterbildung für angehende Lehrende. Außerdem soll in der ÖH ein Didaktik-Leitfaden für Vortragende erarbeitet werden.		
JuLis	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Hochschulen sollen die Möglichkeit haben, ihre Lehrenden zu Weiterbildungen zu verpflichten, schließlich trägt die Hochschule die Verantwortung für die gesamte Lehrqualität. Lebenslanges Lernen ist in der sich schnell verändernden Welt unverzichtbar.		
RFS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
KSV - KJÖ	Nein	<input type="checkbox"/>
Lehrende sind auch Angehörige des Mittelbaus. Hier befindet sich ein Großteil in prekären Arbeitsverhältnissen mit einem hohen Ausmaß an Überarbeitung. Über Weiterbildung, in welchen Bereichen auch immer, kann man reden, wenn die Zeit und das Geld vorhanden ist.		
KSV - Linke Liste	Ja	<input type="checkbox"/>
Hochwertige Lehre sollte jedenfalls gefördert werden. Es ist jedoch fraglich, ob ein derartiges Instrument jene trifft, die dies not hätten, oder doch eher jene, die tief im wissenschaftlichen Prekariat stecken und schon jetzt Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind.		
FEST	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Die Weiterbildung von Lehrenden ist für die FEST eine wichtige Forderung, aber auch eine Selbstverständlichkeit. Es sollen auch didaktische Kompetenzen und Lehrtechniken verstärkt vermittelt werden.		
Unipiraten	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		

25. Soll sich die ÖH im Sinne der Einkommensgerechtigkeit zwischen Männern und Frauen für die Offenlegung der (anonymisierten) Gehälter aller Hochschul-Angestellten einsetzen?

AG	Ja	
Die AG fordert ganz allgemein mehr Transparenz und daher auch mehr Transparenz bei den Einkommen der Hochschulangestellten.		
GRAS	Ja	
Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist vor allem in Einkommensfragen weit vom eigentlichen Ziel entfernt. Die Hochschulen können mit einer Offenlegung der Gehälter einen Beitrag zum Schließen der Einkommensschere beitragen.		
FLÖ	Ja	
Wenn es ein Konzept gibt, das die Anonymität gewährleistet, spricht nichts dagegen.		
VSStÖ	Ja	
Oft verdienen weibliche Hochschulangestellte für die gleiche Arbeit durchschnittlich deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Der VSStÖ fordert deshalb Transparenz und die Offenlegung der Gehälter, damit an Hochschulen kein ungleicher Lohn für die gleiche Arbeit ausgezahlt wird.		
JuLis	Ja	
Eine anonymisierte Offenlegung von Gehältern im öffentlichen Dienst sorgt grundsätzlich für höhere Transparenz und sollte nicht nur aus einer Gender-Perspektive betrachtet werden.		
RFS	Nein	
--		
KSV - KJÖ	Ja	
Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft, die sich unter anderem in diesen Einkommensunterschieden ausdrückt, ist sichtbar zu machen und zu bekämpfen.		
KSV - Linke Liste	Ja	
(Nicht nur) im öffentlichen Dienst sollte es selbstverständlich sein, dass die Lohnhöhe offengelegt wird. Neben den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern geht es auch um Unterschiede zwischen Professor_innen, Lektor_innen und allgemeinem Uni- Personal.		
FEST	Ja	
Transparente Gehälter sind ein notwendiger Schritt Richtung Einkommensgerechtigkeit und fördern den innerhochschulischen Diskurs über Entlohnung. Allerdings sind Löhne nur ein Teil des Einkommens - verdient wird auch an Auftragsstudien, Publikationen etc. Daher ist eine Offenlegung nicht genug.		
Unipiraten	Ja	
--		